



Siegfried Lieske ist Jahrgang 1954 und stammt aus Nordhorn, Grafschaft Bentheim. Nach dem Studium der Sonderpädagogik an der Universität Dortmund und fast 20 Jahren als Lehrer und Rektor an Schulen für Lern- und Sprachbehinderte wechselte er in die Schulbehörde von Nordrhein-Westfalen, wo er bis zu seinem Wechsel nach Göttingen zuletzt als Leitender Regierungsschuldirektor tätig war.

„Unterm Strich profitieren alle“

Der neue Göttinger Bildungsdezernent Siegfried Lieske im Gespräch über die Einbindung von Behinderten, Veränderungen in der Schullandschaft und die Überwindung der Kleinstaaterei in der Bildungspolitik.

Interview: Sven Grünewald Fotografie: Julia Wolffson

Wo sehen Sie als neuer Bildungsdezernent Ansatzpunkte für Verbesserungen in der hiesigen Schullandschaft?

Mir ist es ein Anliegen, die hervorragende Schullandschaft zu erhalten und auszubauen. Ein besonderes Anliegen ist es mir, auch in einem Stadtteil wie Grone eine weiterführende Schule zu erhalten, denn die Heinrich-Heine-Hauptschule ist vergleichsweise klein geworden. Für die Entwicklung des Stadtteils ist das aber sehr wichtig. Eine andere ganz große Herausforderung werden wir im Bereich Inklusion haben. Bisher haben wir die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen ausschließlich in den beiden Gesamtschulen und es ist mein Ziel, alle Schulformen mit dem Thema zu befassen.

Der Regionalverband Südniedersachsen konzentriert sich bislang auf die Verbesserung der Übergänge – etwa von der Schule in den Beruf. In welchen Bereichen sollte die Zusammenarbeit im Rahmen der „Bildungsregion Göttingen“ weiter intensiviert werden?

Eine Bildungsregion zeichnet sich durch eine kommunalstaatliche Verantwortungsgemeinschaft aus, dass also zwischen kommunaler und staatlicher Seite gemeinsam darüber diskutiert und entschieden wird, welche Ziele eine Bildungsregion jeweils vor Ort hat. Die Arbeit im Bereich der Übergänge halte ich schon für den richtigen Ansatzpunkt. Das ist ein ganz entscheidendes Feld, aber es gibt viele andere Übergänge, die auch gut gestaltet werden müssen, zum Beispiel von der Kita in die Grundschule oder von der Primarstufe in den Sek. I Bereich. Ein ganz anderes Feld wäre, die Bildungsbeteiligung benachteiligter Gruppen zu erhöhen.

Wie kann man sich die Ausgestaltung einer solchen kommunalstaatlichen Verantwortungsgemeinschaft vorstellen?

Die Stadt Göttingen und die Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode müssen sich gemeinsam auf eine Zielsetzung einigen und dann gleichberechtigt mit dem Land diskutieren. Beide Seiten definieren Ziele, stellen Ressourcen zur Verfügung und begleiten die Entwicklung durch paritätisch besetzte Gremien. Neben Land und Kommunen müssen aber auch gesellschaftliche Kräfte beteiligt sein, etwa Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, auch die Kir-

chen gehören dazu. Bisher gibt es diese klar definierte Struktur nicht. Wir müssen aber unbedingt über die Kleinstaaterei in der Bildungspolitik hinwegkommen. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung der Region Südniedersachsen. Da gibt es viele Synergieeffekte zu erzielen, ohne für alle alles gleich machen zu wollen, denn unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort brauchen differenzierte Lösungen.

Durch die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen können in Niedersachsen ab Mitte 2011 Oberschulen entstehen. Ist diese neue Schulform für die Stadt Göttingen relevant?

Ich sehe in absehbarer Zeit in Göttingen keine Oberschule. Ich glaube auch nicht, dass Niedersachsen die Oberschule braucht.

Wie erklären Sie sich den politischen Widerwillen, Gesamtschulen einzurichten?

Es gibt einfach gesellschaftspolitisch unterschiedliche Herangehensweisen an Schule. Es täte der Schule allerdings unglaublich gut, wenn eine Entscheidung nicht nur für fünf Jahre gilt, sondern auch einmal für zehn oder 15, damit man weiß, woran man ist. Man kann eine gute Schule in jedem System machen. Im Grunde kommt es nicht darauf an, welches Schild an der Tür hängt, sondern was dahinter passiert.

Welche Bedeutung messen Sie dem gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen zu? Wer profitiert davon am meisten?

Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt vor, die Voraussetzungen für Inklusion zu schaffen. Mein Anspruch ist, dass die bisherige sonderpädagogische Förderqualität auch in der Inklusion nicht sinken darf. Das ist aber gut möglich. Kinder mit Behinderungen nehmen dann aus der gemeinsamen Beschulung mit, von einem normalen Umfeld zu profitieren, in das sie in den allermeisten Fällen nach der Schule auch hinein müssen. Dieses Trainingsfeld ist unglaublich wichtig. Gleichwohl gibt es Behinderungen, etwa geistige oder Hörschädigungen, die durchaus auch ein soziales Umfeld von Gleichen brauchen. Wenn Sie einen einzelnen geistig behinder-



ten Menschen etwa in ein Gymnasium integrieren, dann wird dieser relativ schnell emotional und sozial verkümmern. Mit wem soll er eigentlich einen Witz machen oder mal lachen? Da hat er keine Chance. Es braucht auch in diesen Bereichen die Möglichkeit des sozialen Kontaktes unter Gleichen. Dass die Nichtbehinderten davon sehr stark profitieren, muss man nicht groß erläutern. Dazu gibt es weltweit Untersuchungen und keine einzige bestätigt das oft vorgetragene Vorurteil, dass die Leistungsanforderung oder -fähigkeit sinken würden. Stattdessen bleiben die Leistungen mindestens gleichwertig beziehungsweise verbessern sich. Und natürlich ist das Lernfeld im Bereich der sozialen Kompetenzen ungleich größer. Unterm Strich profitieren alle davon.

Wie wird die Forderung nach schulischer Inklusion umgesetzt werden?

Bislang ist die Rechtslage so, dass das Prinzip der Freiwilligkeit herrscht. Wir möchten aber, dass alle Schulformen sich mit der Thematik der gemeinsamen Beschulung befassen. Unser Plan ist, beginnend diesen Sommer mit den Hauptschulen, Inklusion Schritt für Schritt in allen Schulen zu verwirklichen. Dabei gibt es sicher Behindertengruppen – beispielsweise Hör- oder Sehgeschädigte, die ganz besondere, auch räumliche Ansprüche haben. Da sind wir natürlich daran interessiert, nicht alle Göttinger Schulen entsprechend ausstatten zu müssen, sondern das vielleicht zu bündeln.

Was für konkrete Veränderungen werden denn auf die Schulen zukommen?

Entscheidend ist, dass man den Begriff von individueller Förderung auch auf Kinder hin erweitert, die man als „behindert“ bezeichnet. Behinderung ist ja in der Regel keine Personeneigenschaft, sondern eine Zuschreibung. Nehmen Sie das, was wir als Intelligenz bezeichnen – wo fängt eine Lernbehinderung an und wo hört sie auf? Sie können einen Menschen mit einem IQ von 80 bei optima-

lem Umfeld bis zum Abitur führen. Wenn Sie Pech haben, landet er auf einer Förderschule für geistig Behinderte und später in der Werkstatt für behinderte Menschen. Insofern wird es auf eine gute pädagogische Strategie sowie die räumliche und sächliche Ausstattung ankommen, um die Voraussetzung für genau diese individuelle Förderung zu schaffen. Sozialpädagogen gehören sicherlich dazu, aber zuerst einmal ein angemessener Schlüssel bei der Lehrerzuweisung. Da ist das Land in der Pflicht.

Wie weit klaffen der politische Anspruch, Bildung sei unsere einzige und wichtigste Ressource, und die tatsächliche Finanzierung des Bildungsbereichs auseinander?

Ich bin neben den Schulen auch für den Bereich der Kitas, Krippen und Horte zuständig. Da hat zum Beispiel der Bundesgesetzgeber vorgegeben, bis 2013 einem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz gerecht zu werden. Das ist natürlich sehr schön, allerdings wurde vergessen, den Kommunen das nötige Geld mitzugeben. Das ist so ein klassischer Fall, wo Anspruch – hier auch noch gesetzlich beauftragt – und wirkliches Tun auseinanderdriften. Wobei sich Göttingen wenig vorzuwerfen hat: Wir liegen gerade bei den Krippenplätzen schon heute weit über den 35 Prozent, die vom Bund im Jahr 2013 verlangt werden. Was ich ohnehin nicht verstehe, ist, wie man einen Rechtsanspruch mit einem Prozentsatz verbinden kann. Was ist denn, wenn plötzlich 36 Prozent einen wollen? Gilt der Rechtsanspruch dann nicht mehr? Wir jedenfalls haben aktuell eine Versorgungsquote von 53,2 Prozent für Kinder im Alter von einem halben bis drei Jahre. 2013 wollen wir bei 56,2 Prozent liegen. Das ist für Westdeutschland die absolut höchste Zahl. Ähnliches gilt für den Schulbereich: Etwa 85 Prozent aller Kinder wechseln am Ende der Klasse 4 in eine Schule, die auch das Abitur anbietet, und etwa 66 Prozent aller Kinder in Göttingen machen Abitur – das finden Sie nirgendwo sonst. Gerade auch die Konkurrenz der fünf Gymnasien und der beiden Gesamtschulen hat Qualität entwickelt. □